

### Höhere Qualität der Rechtspropaganda und der Rechtsberatung

Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit für die rechtsschützenden Organe ist die Erhöhung des Niveaus der Rechtspropaganda, ihres offensiven Charakters und ihrer vorbeugenden Wirkung. Die Lösung dieser Aufgabe bestimmt vielfach die Arbeit mit den Propagandisten. Der XXVI. Parteitag der KPdSU stellte die Aufgabe, viele Bereiche und Sphären der ideologischen Arbeit umzugestalten. Genosse L. I. Breshnew wies darauf hin, daß erreicht werden muß, „daß ihr Inhalt aktueller wird und die Formen den heutigen Ansprüchen und Bedürfnissen der sowjetischen Menschen entsprechen. Es ist sehr wichtig, daß die Propaganda heikle Themen nicht umgeht und sich nicht scheut, sogenannte schwierige Fragen aufzugreifen. Die Politik unserer Arbeit ist klar, und wir sind bereit, auf alle Fragen zu antworten, die die sowjetischen Menschen stellen. Das müssen wir mutiger tun. Wir müssen daran denken, daß Fragen, auf die wir nicht antworten, von den Feinden unseres Landes zur Verleumdung des Sozialismus ausgenutzt werden“.

Das trifft in vollem Maße auch auf die Rechtspropaganda zu. Die Verbesserung der Qualität der Lektionen und Referate, der Publikationen zu rechtlichen Themen und die Erhöhung ihres erzieherisch-vorbeugenden Gehalts ist auch heute die ernsteste Aufgabe der rechtserzieherischen Arbeit.

Die Rechtspropaganda leidet immer noch an abstrakten theoretischen Erörterungen, an der bloßen Wiedergabe des normativen Materials. Es werden teilweise lediglich Kenntnisse über das Recht vermittelt, ohne daß Aktivitäten der Werktätigen ausgelöst werden, die zur Verbesserung der Wirtschaftstätigkeit, der Festigung der öffentlichen Ordnung und zur Herausbildung einer aktiven Einstellung jedes einzelnen zum Leben und zum Recht beitragen. Manche Vorträge und Referate erschrecken die Zuhörer durch ihren Schematismus, die abstrakte Darlegung der Gesetze und durch Losgelöstheit von den Lebensvorgängen im konkreten Kollektiv, im Rayon oder in der Stadt.

Es ist notwendig, solche Mängel in der Rechtspropaganda entschiedener zu überwinden und nicht an den tatsächlichen Problemen vorbeizugehen. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft „Snanije“ ist es notwendig, die Arbeit zur Ausbildung von Propagandisten fortzusetzen, und diese muß auf den Erfahrungen der Parteipropaganda aufbauen.

Es gilt, auch künftig die Kontakte der Juristen mit den Massenmedien zu verbessern. Wichtig ist es, die organisatorischen Formen der Zusammenarbeit von Juristen mit Journalisten, Schriftstellern und anderen Kulturschaffenden zu vervollkommen und spezielle Sektionen bei den Künstlerverbänden sowie Konsultationsgruppen von Juristen zu schaffen, die den Kultur- und Kunstschaffenden aktuelle Fragen des rechtlichen Aufbaus, der Vervollkommnung der Gesetzgebung und der Rechtsanwendung erläutern können.

Im Kampf mit negativen Erscheinungen des täglichen Lebens ist es nicht nur notwendig, die Kraft des Gesetzes vollständig zu nutzen, sondern auch seine Forderungen allen Bürgern voll bewußt zu machen. Leider sind die meisten Bürger über viele Normativakte, die die Sphäre des Handels und der Dienstleistungen für die Bevölkerung regeln, nicht ausreichend informiert. Man muß sichern, daß die Gesetze breit propagiert werden, die diese Sphäre regulieren. Dafür müssen Lektionen, Gesprächsrunden, Presse, Fernsehen und Rundfunk aktiver genutzt werden.

Bekanntlich hat das Zentralkomitee der KPdSU im April 1981 einen Beschluß „Über Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Arbeit mit den Briefen und Vorschlägen der Werktätigen in Auswertung der Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU“ gefaßt. Den Partei- und Staatsorganen sowie den rechtsschützenden Organen wurde

### Besuch aus der CSSR in der Redaktion

Vom 19. bis 23. Oktober weilten Professor Dr. Stanislav Zdobinský, Professor für Staatsrecht an der Prager Universität und Chefredakteur der Zeitschrift „Socialistická zpráva“, sowie Dr. Josef Kabát, Vizepräsident des Obersten Gerichts der Slowakischen Sozialistischen Republik und Chefredakteur der Zeitschrift „Socialistická súdnotvo“, zu einem Arbeitsbesuch in der Redaktion. Beide Zeitschriften erscheinen als Organe der Justizministerien der CSSR bzw. der SSR.

In den Beratungen in der Redaktion standen vor allem Fragen der schöpferischen Umsetzung der Beschlüsse des XVI. Parteitages der KPC und des X. Parteitages der SED zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auf den Gebieten des Staates und des Rechts im Mittelpunkt. Zu Arbeitsgesprächen wurden die Gäste auch vom Präsidenten des Obersten Gerichts, Dr. Dr. h. c. H. Toeplitz, vom Vorsitzenden des Verfassungs- und Rechtsausschusses der Volkskammer, Prof. Dr. W. Weichelt, und vom Vizepräsidenten des Obersten Gerichts JDr. W. Strasberg empfangen. Erfahrungen über publizistische Möglichkeiten im Kampf gegen Straftaten und über eine effektivere Vorbeugungstätigkeit gegen Rechtsverletzungen standen im Mittelpunkt eines Gedankenaustausches beim Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der DDR Dr. H. Harrland.

Unsere Gäste trafen außerdem u. a. mit dem Direktor der Sektion Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin, Prof. Dr. sc. G. Rohde, dem Generalsekretär der Vereinigung der Juristen der DDR, Dr. U. Roehl, sowie mit dem Direktor des Stadtgerichts der Hauptstadt Berlin, Dr. H. Hugot, zusammen.

Beim abschließenden Empfang durch Dr. H. Kern, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, würdigten Prof. Dr. Ztiobinský und Dr. Kabát ihren Aufenthalt als gute Grundlage für Schlußfolgerungen in ihrer redaktionellen Tätigkeit und für den weiteren Ausbau der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zur Redaktion „Neue Justiz“.

vorgeschlagen, die Rechtspropaganda zu verstärken und die Bevölkerung systematisch und operativ umfassend über die Fragen zu informieren, die in den Briefen und Sprechstunden berührt werden. Es ist eine qualifizierte Erläuterung der in der Verfassung verankerten Rechte und Pflichten der Bürger, der Gesetzgebung über die Behandlung von Vorschlägen, Eingaben und Beschwerden, der Befugnisse der staatlichen und gesellschaftlichen Organe, der Betriebe, Institutionen, Organisationen und Funktionäre bei der Bearbeitung der Ansuchen der Werktätigen und des Verfahrens der Beschwerde über die von ihnen getroffenen Entscheidungen zu organisieren.

Im Zusammenhang mit diesem Beschluß erhöht sich die Aktualität der Arbeit der juristischen Institutionen bei der Behandlung von Eingaben und Beschwerden der Bürger, die Notwendigkeit der Verbesserung der gesamten Praxis der rechtlichen Unterstützung für die Bevölkerung. Insbesondere ist es notwendig, die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung eines Systems gesellschaftlicher Rechtsberatungsstellen zu legen. Gegenwärtig gibt es bereits mehr als 20 000. Sie geben den Werktätigen in Stadt und Land rechtliche Unterstützung und tun nicht wenig für die Propagierung der Gesetzgebung. Aber dieses Netz ist noch klein. Wir haben die Möglichkeit, im Verlaufe der nächsten zwei, drei Jahre die Zahl solcher Konsultationsstellen zu verdoppeln und sie nicht nur in den Arbeitskollektiven, sondern auch in den Wohngebieten, bei den Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets, und in den ländlichen Gebieten zu schaffen.

Eine sehr wichtige Richtung der ideologischen Arbeit ist die außenpolitische Propaganda. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des sich heftig verschärfenden ideologischen Kampfes in der internationalen Arena, in dem die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion eine verleumderische Kampagne nach der anderen organisieren, wo an die Stelle des spekulativen Rummels über die „Menschenrechte“ ein neues Hirngespinnst „über den inspirierten sowjetischen Terrorismus“ aufgeblasen wird, ist es Pflicht der sowjetischen Juristen, die ideologische Auseinandersetzung zu verstärken, aktiver das reaktionäre Wesen der bürgerlichen Justiz und die ideologische Diversion der imperialistischen Propaganda zu entlarven und den wirklichen Humanismus und Demokratismus der rechtlichen Werte des realen Sozialismus eingehend darzustellen.

(Gekürzt aus: *Sozialistitscheskaja zakonnost* 1981, Heft 8, S. 3 ff.; übersetzt von Heinz W o s t r y, Berlin; Zwischenüberschriften von der Redaktion N.J.)